

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Rat - öffentlich

Sitzungstermin: Dienstag, 12.04.2011

**Raum: Genossenschaftsakademie Weser-Ems, Oldenburger Straße 118, 26180
Rastede**

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 17:55 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ratsvorsitzender

Herr Walter Steinhausen CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Bürgermeister Dieter Decker CDU

Herr 1. stv. BM Dieter von Essen CDU

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Walter Backhaus CDU

Herr Hans-Gerold Finkeisen CDU

Frau Sylke Heilker CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Alfons Langfermann CDU

Frau Corinna Martens CDU

Frau Gerta Pfeifer CDU

Frau Friedegund Reiners CDU

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Reiner Wessels CDU

Herr Torsten Wilters CDU

Herr 2. stv. BM Egon Düser UWG

Herr Klaus Hillen UWG

Herr Rainer Zörgiebel UWG

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Jürgen Haake FDP

Herr Detlef Bredow SPD

Frau Kerstin Druivenga-Kreitsmann SPD

Frau Carmen Jürgens SPD

Frau Sabine Koopmann SPD

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

ab 17:05 Uhr (TOP 5)

Herr Rainer Meyer SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Werner Skirde SPD

Frau Marie-Luise Weber SPD

Herr Michael Köver	B90/Grüne
Herr Gerd Langhorst	B90/Grüne
Frau Gudrun Oltmanns	B90/Grüne

Ehrenratsmitglieder

Frau Marianne von Essen	CDU
Herr Gerd Meister	SPD

Verwaltung

Herr Günther Henkel	
Herr Hans-Hermann Ammermann	
Herr Fritz Sundermann	
Frau Hanna Binnewies	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Ralf Kobbe	Protokoll
Herr Georg Sandkuhl	Technik

Gäste

Herr Uwe Harms von der Rasteder Rundschau
Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede
sowie 7 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Dieter Güttler	SPD
---------------------	-----

Ehrenratsmitglieder

Herr Hans-Hermann Schlange	SPD
----------------------------	-----

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08.02.2011
- 4 Berufung einer Feuerwehrkraft in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2011/036
- 5 Resolution Kernkraftwerk Unterweser
Vorlage: 2011/068
- 6 Neufassung der Schulverträge mit der Gemeinde Wiefelstede
Vorlage: 2010/191
- 7 49. Änderung des Flächennutzungsplanes - GE westlich Tannenkrugstraße
Vorlage: 2011/052
- 8 Bebauungsplan 68 D - Tannenkrugstraße
Vorlage: 2011/051
- 9 7. Änderung Bebauungsplan Nr. 9 - Kleinenfelde
Vorlage: 2011/053
- 10 Bebauungsplan Nr. 92 - Ehemalige Schloßgärtnerei
Vorlage: 2011/055
- 11 Straßenbenennung im BBPL. Nr. 92 "Ehemalige Schloßgärtnerei"
Vorlage: 2011/060
- 12 Straßenbenennung im Bebauungsplangebiet 78B "Ostermoor II"
Vorlage: 2011/061
- 13 Abschnittsbildungsbeschluss für den Ausbau Buschweg
Vorlage: 2011/045
- 14 Haushalt 2010- Über- und außerplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 2011/047
- 15 Haushalt 2010- Über- und außerplanmäßige Ausgaben (Jahresrechnung)
Vorlage: 2011/048
- 16 Bericht des Bürgermeisters
- 17 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Sitzungsverlauf:

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 33 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Rat beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08.02.2011

Der Rat beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 08.02.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

**Berufung einer Feuerwehrrkraft in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2011/036**

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Herr Jens Lüers wird mit sofortiger Wirkung für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Südbäke berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 5

Resolution Kernkraftwerk Unterweser

Vorlage: 2011/068

Sitzungsverlauf:

Herr Langhorst führt bezüglich des eingereichten Antrages aus, dass dieser als Grundlage für eine Diskussion und Resolution des Rates gedacht ist, der nach Möglichkeit zu einem Konsens führen soll. Daher ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch bereit, Änderungswünsche der übrigen Fraktionen zu akzeptieren. Hinsichtlich des AKWs Unterweser führt er aus, dass durch Untersuchungen nach dem Terrorangriff auf das World Trade Center in New York festgestellt wurde, dass ein Gefährdungspotenzial (z. B. Durchdringen der Sicherheitskuppel durch Flugzeugabsturz sowie Gefährdung durch Unterbrechung der Notkühlsysteme durch unvorhergesehene Überflutungen als Folge von Deichbrüchen, bzw. sich überlagernden Flutwellen) durchaus gegeben ist. Das sich daraus ergebene bisher als vernachlässigbar angesehene sogenannte "Restrisiko" ist aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heute nicht länger hinnehmbar. Allein bei einem angenommenen GAU alle 10.000 Betriebsjahre gibt es bei zur Zeit weltweit 400 betriebenen AKWs eine statistische Wahrscheinlichkeit eines GAUs von 25 Jahren. Dies ist leider jetzt zum zweiten Mal nach Tschernobyl in Fukushima eingetreten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert daher einen Verzicht auf AKWs bei gleichzeitigem Ausbau erneuerbarer Energien sowie den Bau von dafür zusätzlich benötigten Stromtrassen und deren Verlegung im Erdreich (Beispiel Norger, mit Verlegung in Bundeswasserstraßen). Im Übrigen bietet nach den industriellen Revolutionen Dampfmaschine (Kohle), Verbrennungsmotor (Erdöl), Landwirtschaft (Mineraldünger), Atomenergie (Uran) sowie Internet und Digitalisierung jetzt die erneuerbare Energie die Möglichkeit, eine Marktführerschaft mit den damit einhergehenden Zuwachs an Arbeitsplätzen zu erreichen.

Herr von Essen weist eingangs darauf hin, dass Feuerwehr, Polizei, medizinisches Personal, Rotes Kreuz und dergleichen aus der Gemeinde nicht wie im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen formuliert bei einem Störfall eingesetzt werden müssen. Er teilt zudem mit, dass unlängst erst Landrat Jörg Bensberg im Kreistag darauf hingewiesen hat, dass die im Ammerland vorhandenen Rettungskräfte ausschließlich im Bereich des Ammerlandes eingesetzt werden. Dessen ungeachtet haben die Ereignisse in Japan um das Kernkraftwerk Fukushima gezeigt, dass die Sicherheitsstandards von Kernkraftwerken erneut auf den Prüfstand müssen. Die CDU-Fraktion begrüßt daher ausdrücklich das von der Bundesregierung gemeinsam mit den Landesregierungen verkündete Moratorium. Herr von Essen legt zudem dar, dass Niedersachsen das Bundesland mit dem größten Anteil erneuerbarer Energien an der eigenen Energieversorgung ist und das AKW Esenshamm zu den ältesten in Deutschland gehört, so dass auch die CDU-Fraktion die Stilllegung des AKWs fordert. Gleichzeitig muss die Energieversorgung in Niedersachsen aber nach wie vor den zentralen Anforderungen „Versorgungssicherheit“, „wettbewerbsfähiger Preis“ und „Umweltverträglichkeit“ gerecht werden. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, benötigt Niedersachsen einen Mix aus verschiedenen Energieträgern. Nur so ist eine größtmögliche öffentliche Akzeptanz zu erreichen. Im Anschluss formuliert Herr von Essen folgenden Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Rastede fordert das niedersächsische Umweltministerium auf, das AKW Esenshamm / Unterweser nach dem Ende des Moratoriums endgültig stillzulegen.

Des Weiteren fordern wir eine effiziente Energieversorgung und eine ideologiefreie Energiepolitik für Niedersachsen.

Herr Kramer betont, dass die Zeit reif ist, sich von den AKWs zu verabschieden. Von daher hat der SPD-Ortsverein bereits vor der Ratssitzung eine gleichlautende Resolution verfasst und an die Bundes- und Landesregierung verschickt. Um den Ausstieg zu beschleunigen, ist es aus Sicht der SPD-Fraktion zunächst besonders wichtig, in einem weiteren Schritt die Versorgungssicherheit zu einem vernünftigen Preis sicherstellen zu können.

Frau Fisbeck erläutert, dass auch die FDP-Fraktion die Bürgerinnen und Bürger schützen will. Es ist aus ihrer Sicht jedoch unfair, jetzt mit Flugzeugabstürzen und Flutwellen Panik zu verbreiten und den sofortigen und absoluten Ausstieg aus der Kernenergie zu fordern. Sie betont, dass es vor dem Hintergrund der schrecklichen Katastrophe in Japan jetzt zwar richtig ist, die Sicherheitsstandards von Kernkraftwerken erneut auf den Prüfstand zu stellen, jedoch auch bedacht werden muss, dass seit der Abschaltung der 8 AKWs in Deutschland größere Mengen an (Atom-)Strom aus Nachbarländern hinzugekauft werden müssen. Deshalb fordert die FDP-Fraktion ein Abschalten mit Vernunft, das bei den Bürgern Akzeptanz findet. Hierfür ist aus Sicht der FDP ein Mix aus verschiedenen Energieträgern, die verlässlich, preiswert und umweltverträglich sind, erforderlich.

Herr Zörgiebel betont ebenso wie seine Vorredner, dass die Zeit reif ist, sich von der Atomenergie zu verabschieden. Aus diesem Grund unterstützt die UWG die Resolution zur Abschaltung des AKWs Esenshamm. Er führt zudem aus, dass alternative Energien weiter gefördert und unterstützt werden müssen, denn nur so ist es möglich, auch zukünftig die Versorgungssicherheit zu vernünftigen Preisen umweltverträglich gewährleisten zu können. Vor diesem Hintergrund wird die UWG der Resolution, wie von Herrn von Essen vorgetragen, zustimmen.

Frau Reiners betont, dass das Ergebnis des Moratoriums zunächst abgewartet werden sollte, bevor nach dem St.-Florians-Prinzip die sofortige Abschaltung von AKWs gefordert wird. Sie betont, dass beim Atomausstieg ein europaweites beziehungsweise globales Vorgehen erforderlich und sinnvoll ist.

Frau Oltmanns bemerkt abschließend, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion mittragen wird.

Beschluss:

Die Gemeinde Rastede fordert das niedersächsische Umweltministerium auf, das AKW Esenshamm / Unterweser nach dem Ende des Moratoriums endgültig stillzulegen.

Des Weiteren fordern wir eine effiziente Energieversorgung und eine ideologiefreie Energiepolitik für Niedersachsen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Neufassung der Schulverträge mit der Gemeinde Wiefelstede
Vorlage: 2010/191

Sitzungsverlauf:

Auf Nachfrage von Herrn Köver erläutert Bürgermeister Decker, dass die Schulverträge mit dem Landkreis Ammerland, der Gemeinde Edewecht und der Gemeinde Wiefelstede ein enges Geflecht bilden, das sowohl bei der vertraglichen als auch bei der finanziellen Betrachtung nicht getrennt werden kann.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 7

**49. Änderung des Flächennutzungsplanes - GE westlich Tannenkrugstraße
Vorlage: 2011/052**

Sitzungsverlauf:

Herr von Essen und Herr Kramer führen aus, dass eine vernünftige Abwägung stattgefunden hat und mit der Änderung des Flächennutzungsplanes die gewerbliche Entwicklung rund um die Tannenkrugstraße sinnvoll abgerundet werden kann.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 04.04.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 49. Änderung des Flächennutzungsplanes – GE westlich Tannenkrugstraße nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

Bebauungsplan 68 D - Tannenkrugstraße
Vorlage: 2011/051

Sitzungsverlauf:

Herr Kramer und Herr von Essen begrüßen grundsätzlich die Aufstellung des Bebauungsplans zur Schaffung eines kleinteiligen Gewerbegebietes, bedauern jedoch, dass die ohnehin schon recht knappe Fläche aufgrund einer mehr als 10 Jahre alten und inzwischen völlig unrealistischen Planung eines vierstreifigen Ausbau der A 293 / B 211 in diesem Bereich noch einmal reduziert werden muss.

Herr Kramer führt ergänzend aus, dass eine gelungene Abwägung stattgefunden hat, wobei auch der Faktor Natur und Landschaft mit dem Erhalt beziehungsweise der Anlegung von Wallheckenstrukturen umfänglich berücksichtigt wurde.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 04.04.2011 berücksichtigt.
2. Die im Rahmen des beschränkten Beteiligungsverfahrens nach § 4 a Abs. 3 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 04.04.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 68 D – Tannenkrugstraße nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

7. Änderung Bebauungsplan Nr. 9 - Kleinenfelde
Vorlage: 2011/053

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 04.04.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die siebte Änderung des Bebauungsplanes 9 – Kleinenfelde nebst örtlichen Bauvorschriften und Begründung wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.
4. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 10

**Bebauungsplan Nr. 92 - Ehemalige Schloßgärtnerei
Vorlage: 2011/055**

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Decker weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag um die Ziffer 5: „Der Flächennutzungsplan wird im Rahmen der Berichtigung angepasst.“ ergänzt werden muss.

Herr von Essen begrüßt den zur Beschlussfassung anstehenden Bebauungsplan und bemerkt ergänzend, dass dieses Projekt nachhaltig die Entwicklung im Kernort positiv beeinflussen wird und eine großartige Investition für den Ort Rastede darstellt.

Herr Langhorst befürwortet ebenfalls die Planung und stellt positiv heraus, dass bei der Ausweisung von Wohnbauflächen in diesem Fall nicht weiter in die Peripherie gegangen, sondern die Fläche eines ehemaligen Gewerbebetriebes umgewandelt wurde. Im Übrigen passt das Projekt mit dem anspruchsvollen Stadtvillen und der vorgesehenen Einfamilienhausbebauung ausgezeichnet in das Leitbild Rastedes als Residenzort.

Herr Kramer schließt sich den Ausführungen von Herrn von Essen und Herrn Langhorst an und lobt ergänzend, dass es richtig und sinnvoll war, vorab die Fachbehörden wie etwa die Denkmalpflege bei der Planung mit einzubeziehen.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 04.04.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan 92 – Ehemalige Schloßgärtnerei nebst Begründung und Örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.
4. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht vorzunehmen.
5. Der Flächennutzungsplan wird im Rahmen der nächsten Berichtigung angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 11

**Straßenbenennung im BBPL. Nr. 92 "Ehemalige Schloßgärtnerei"
Vorlage: 2011/060**

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die geplante Erschließungsstraße für das Baugebiet Nr. 92 erhält den Straßennamen „Alte Schloßgärtnerei“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 12

Straßenbenennung im Bebauungsplangebiet 78B "Ostermoor II"
Vorlage: 2011/061

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die geplanten Erschließungsstraßen des Baugebietes Nr. 78B „Ostermoor II“ erhalten folgende Straßennamen:

Planstraße A = Ligusterweg
Planstraße B = Feldrosenweg

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 13

**Abschnittsbildungsbeschluss für den Ausbau Buschweg
Vorlage: 2011/045**

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Im Rahmen der Straßenausbaumaßnahme „Buschweg“ wird beitragsrechtlich ein selbstständig abrechenbarer Abschnitt zwischen dem Einmündungsbereich Buschweg / Morissestraße und der Eisenbahnquerung Oldenburg-Wilhelmshaven (Anlage 1) gebildet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 14

Haushalt 2010- Über- und außerplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 2011/047

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von jeweils ab 5.000 € und von der Übertragung von Mitteln aus dem Ergebnis in den Finanzhaushalt ab 10.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 15

Haushalt 2010- Über- und außerplanmäßige Ausgaben (Jahresrechnung)
Vorlage: 2011/048

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss und der Rat nehmen Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von jeweils unter 5.000,00 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 16

Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Decker berichtet in einem ausführlichen Vortrag unter anderem über die Rückzahlung eines Darlehens, die Einrichtung eines Forschungsprojektes zur nachhaltigen Kultivierung von Torfmoosen als neue landwirtschaftliche Kulturpflanze im Hankhauser Moor, die Sanierung der WC-Anlagen an der Schule Voßbarg, den Umbau der Heizungsanlage im Freibad sowie den vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen an den Gemeindestraßen. Der Bericht ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Herr Langhorst begrüßt das Forschungsprojekt im Hankhauser Moor, das mittelfristig mit dazu beitragen kann, das Abtorfen großflächiger Gebiete aufzuhalten. Er hinterfragt in diesem Zusammenhang, wie die momentane Beschlusslage zum Torfabbau im Barghorner Moor aussieht.

Herr Ammermann erläutert, dass obwohl die Gemeinde Rastede in ihrer Stellungnahme zum Landesraumordnungsprogramm (LROP) deutlich zum Ausdruck gebracht hat, dass auf einen Torfabbau in den genannten Moorgebieten verzichtet werden sollte, die Moorgebiete als Vorranggebiete im LROP aufgenommen worden sind. Im regionalen Raumordnungsprogramm sind die Flächen jedoch als Abbaustufe 2 festgehalten, was bedeutet, dass zunächst die Flächen der Abbaustufe 1 in den Gemeinden Edewecht und Bad Zwischenahn abzubauen sind. Diese Regelung ist festgeschrieben für die Dauer der Laufzeit des regionalen Raumordnungsprogrammes (ca. acht Jahre), sodass bis dahin kein Rechtsanspruch auf Torfabbau im Barghorner Moor geltend gemacht werden kann.

Tagesordnungspunkt 17

Schließung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 17:55 Uhr.